

Berlin, den 2.3.2006

Stellungnahme des bvaa zur Haltung des Berliner Lehrgesamtpersonalrats zum Einsatz von MAE-Kräften in Schulen und Kitas

Der **bvaa** nimmt mit großem Befremden die offensichtlich grundsätzlich ablehnende Position der Hauptpersonalrats zum Einsatz von MAE-Kräften in Schulen zur Kenntnis .

Worum geht es:

Nach einem inzwischen rechtskräftig gewordenen Beschluss der Verwaltungsgerichts Berlin vom Oktober 2005 ist der Personalrat bei der Beschäftigung von Teilnehmern an den Arbeitsgelegenheiten gemäß §16 Abs. 3 SGB" in den Bereichen Schule, Jugendhilfe und Sport (letztlich in allen Körperschaften des öffentlichen Rechts) zu beteiligen. Das bedeutet ein Mitbestimmungsrecht der Personalrats beim Einsatz jedes/r einzelnen MAE - TeilnehmerIn.

Die hauptsächlich nach § 16, 3 SGB II (MAE) Beschäftigungen gehen in der Regel über einen Zeitraum von 6-9 Monaten; die Maßnahmen in dem jeweiligen Tätigkeitsfeld können über einen längeren Zeitraum gehen. Die Zahl der MAE-TeilnehmerInnen wird weit mehr als 1.000 betragen; viele Einsatzfelder sind nach Aussagen mehrerer SchulleiterInnen aus dem Alltag nicht mehr weg zu denken.

Die Position des Gesamtpersonalrats

Die Position vom Gesamtpersonalrat der Berliner Schulen ist eindeutig: Da es keine abschließende Aufzählung von Tätigkeiten in den Rahmenplänen gibt, kann es grundsätzlich auch keine zusätzlichen Aufgaben in Schulen und Kitas geben.

Kritik des bvaa

Auch uns ist die wachsende Diskrepanz zwischen steigenden und sich verändernden Anforderungen an das Schulsystem und an Kindererziehung bei gleichzeitig unzureichender Personalausstattung nicht verborgen geblieben. Wir wollen und können aber auch nicht die Alltagsrealität vieler Schulen und Kitas ignorieren, die akuten Handlungsbedarf erfordert.

Diese grundsätzliche Verneinung der Zusätzlichkeit bei allen Arten von öffentlich geförderter Beschäftigung in Schulen und Kitas hat offensichtlich das Ziel, eine generelle Personalverstärkung beim Berliner Senat zu erreichen.

So richtig es ist, um begründete Personalaufstockung zu kämpfen, empfinden wir dennoch die derzeitige rigide Vorgehensweise als rücksichtslos

- gegenüber den eingesetzten Arbeitslosen, die gerade im Schulbereich oft hoch motiviert ihre beruflichen Fähigkeiten zu schulen und trainieren suchen,
- gegenüber den Schulen, die ihre Schulabläufe verbessern und zusätzliche Ideen schnellstens verwirklichen wollen,

- gegenüber den Schülerinnen und Schülern und deren Eltern, die nicht warten wollen und können, ob und wann das Land Berlin seine Personalplanung überdenkt.

Mit solcher Vorgehensweise sperren sich die Personalräte aber auch gegenüber dringenden Fragestellungen, wie die Gesellschaft mit ihren arbeitslosen Menschen umzugehen gedenkt. Die alleinige Forderung nach mehr Arbeitsplätzen löst offensichtlich nicht das Problem.

Zur Zeit haben wir den Eindruck, dass viele gesellschaftliche Lobby-Gruppen ihr (noch) beschäftigtes Klientel rigoros gegen arbeitslose *Eindringlinge* abschirmen wollen. Ähnliche Verhaltensweisen sind ja auch bei der Handwerkskammer Berlin (HwK) festzustellen; diese sperrt sich gegen fast alle handwerklich ausgerichteten Beschäftigungsmaßnahmen im Zuge des § 16,3 SGB II und versperrt damit gerade handwerklich Interessierten/Begabten Qualifizierungsmöglichkeiten und damit wiederum mögliche Zugänge zum Arbeitsmarkt.

Wie sollte es weiter gehen

Der konstruktivste Weg ist immer, wenn sich alle Seiten zusammensetzen! Warum können sich nicht die Personalräte mit den Schulen zusammen setzen, die notwendigen Aufgabenfelder in den jeweiligen Schulen und Kitas bestimmen, und daraus eine Personalanforderung ableiten?! Die können und sollen dann auch öffentlich und politisch diskutiert werden.

Aber warum kann nicht parallel dazu die öffentlich geförderte Beschäftigung weiterhin durchgeführt werden, damit nicht die in den Schulen und Kitas oft sorgsam geknüpften Unterstützungsangebote zerrissen werden!?

Wir Berliner Beschäftigungsträger sind gerne bereit, über unsere Erfahrungen mit der öffentlich geförderten Beschäftigung und Qualifizierung mit allen Interessierten zu diskutieren. Auch wir haben etliche kritische Anmerkungen zur Umsetzung öffentlich geförderter Beschäftigung in Berlin.

Wir suchen aber den Dialog anstelle der Konfrontation!

Michael Haberkorn

+++